

"Für eine faire EU-Politik und verantwortungsvolle Berichterstattung im Umgang mit Griechenland"

Aufgrund der zugespitzten Situation in Griechenland ist jetzt eine verantwortungsvolle und solidarische Politik für die Menschen in Griechenland notwendig. Eine Politik, die den Konflikt politisch entschärft und nicht weiter sozial und ökonomisch verschärft. Eine Politik der Konfrontation führt in eine europäische Sackgasse. Deshalb ruft die Gesellschaft Kultur des Friedens in dieser europäischen Krise um Griechenland zu einem lösungsorientierten Dialog auf.

Ideologisierung, Schwarz-weiß-Malerei und Freund-Feind-Denken sind nicht hilfreich auf deutscher/europäischer Seite. Antigriechische Reflexe sind inakzeptabel.

Eine verantwortungsvolle Politik und Berichterstattung unterscheidet nicht gute und schlechte Völker, sondern gute und schlechte politische Bedingungen, die sich verändern lassen, nach der jahrzehntelangen politischen Vorherrschaft der Schwesterparteien der Bundesregierung, der Nea Demokratia (CDU) und sozialdemokratischen Pasok (SPD). Diese Regierungsparteien haben nicht nur diese Klientelpolitik gegenseitig geduldet, sondern sie waren Teil des Problems, wie zahlreiche Korruptionfälle belegen. Die Beurteilung der Krisensituation seitens der Bundesregierung ist von Doppelmoral gekennzeichnet, denn die Regierungsparteien von CDU und SPD haben diese Politik nach Parteieninteresse mitgetragen, aber nicht zum Wohle der griechischen Bevölkerung.

Deshalb haben die Griechen und Griechinnen mehrheitlich eine neue progressive politische Kraft gewählt, um mit dieser Klientel- und Kürzungspolitik zu Lasten der sozial Schwächeren in Griechenland aufzuräumen.

Die deutsche Besatzung Griechenlands mit zahlreichen Massakern im 2. Weltkrieg hat über eine Million Menschen in Griechenland das Leben gekostet. In großen Teilen der Medien und der vorherrschenden Politik wird diese Tatsache ignoriert. Eine überhebliche und zum Teil rassistische Berichterstattung über die Syriza-Regierung, Ministerpräsident Tsipras und Wirtschaftsminister Varoufakis dominiert und belastet die deutsch-griechischen Beziehungen.

Rechtsextreme Kräfte sind in Deutschland und jetzt auch in Griechenland präsent. Ein politisches Vakuum durch das Auflaufenlassen der griechischen Regierung kann zu einem weiteren Auftrieb von faschistischen Kräften in Griechenland führen, wie das Erstarken der "Morgenröte" zeigt.

Einer Situation wie 1967 mit einem Militärputsch der griechischen Junta darf nicht noch einmal der Boden bereitet werden. Dafür trägt die griechische und die europäische Politik die Verantwortung. Soziale Krisen sind der Nährboden für Nationalismus, wie wir es auch in Deutschland durch das Aufkommen der NSDAP im Deutschland der 30er Jahre erlebt haben.

Die deutsch-griechischen Beziehungen sollten nicht kurzfristig aufs Spiel gesetzt werden. Die Bundesregierung muss eine glaubwürdige und solidarische Politik ohne Doppelstandards vertreten und praktizieren. Orientierend an den sozialen und demokratischen Lebensinteressen der Menschen in Griechenland und Europa.

Nur dann ist die Politik und Medienberichterstattung glaubwürdig, vertrauensbildend und nachhaltig friedensstiftend.

